

Cyberangriffe auf öffentliche Einrichtungen

Der gehackte Staat

Cyberangriffe auf öffentliche Einrichtungen

Der gehackte Staat

„Sie wurden gehackt!“ Eine völlig neue Erscheinungsform von Kriminalität macht Deutschland zu schaffen: 2016 und 2017 sind laut Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) von rund 900 befragten Unternehmen und Institutionen in der Bundesrepublik knapp 70 Prozent von Internetkriminellen angegriffen worden. In rund der Hälfte der Fälle waren die Täter erfolgreich und verschafften sich Zugang zum internen Computernetzwerk.

Ziel der Hacker ist es, durch das Einschleusen sogenannter Ransomware die Kontrolle über das fremde Netz zu übernehmen und nur gegen die Zahlung von Lösegeld (englisch „Ransom“) wieder freizugeben. Unter den Angriffsoffern sind auch die Netzwerke öffentlicher Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser, Verkehrssysteme, Kraftwerke oder Stadtverwaltungen.

So auch im Februar 2016 im Neusser Lukaskrankenhaus: Ein geöffneter E-Mail-Anhang löste eine Ransomware-Angriffe aus. Präventiv wurde das klinikweite IT-System runtergefahren, um hochsensible Patientendaten zu schützen. Damit war das Krankenhaus von einer Minute auf die andere offline: Befunde, die sonst über Tablet-PCs erfasst- und abrufbar sind, mussten wieder mit Papier und Stift bearbeitet werden, sämtliche computergesteuerte Medizintechnik war schlagartig nicht mehr einsatzsicher. Herzinfarktpatienten, besonders

auf die digitale Technologie angewiesen, wurden in andere Kliniken gebracht, geplante Eingriffe verschoben – ein absoluter „Notfallbetrieb“, machte der Ärztliche Direktor Prof. Dr. med. Tobias Heintges deutlich. Erst nach mehreren Tagen konnte das Netzwerk der Klinik wieder in Betrieb genommen werden.

■ Im Visier: Stadtverwaltungen, Bundestag

Dieser Fall macht deutlich, wie empfindlich hochsensible Infrastrukturen wie Krankenhäuser im digitalen Zeitalter sein können. Aber auch Stadtverwaltungen zählen zu beliebten Zielen von Cyber-Attacken, weil hier Einwohnermelde- und Steuerdaten hinterlegt sind. Diese Informationen können von den Angreifern an Interessenten verkauft werden und machen Verwaltungen ebenso wie Bürgerinnen und Bürger angreif- und erpressbar.

Zuletzt Anfang 2018 wurde beispielsweise die Verwaltung der Stadt Wuppertal zum wiederholten Mal Opfer einer Cyberattacke der Kategorie „Spear Phishing“ – abgeleitet vom englischen Wort für „Speer“, steht die Bezeichnung für eine gezielte Attacke auf einen einzelnen E-Mail-Empfänger. Beispiel: Während der Arbeit bekommt die Verwaltungsmitarbeiterin eine Mail von der Kita ihres Kindes. Neugierig klickt die Mutter auf die Mail und liest, dass sich ihre Tochter verletzt hat – im Anhang finde sie direkt ein Foto der Verletzung, schreibt die Kita-Mitarbeiterin. Natürlich öffnet die besorgte Mutter reflexartig das Foto. Und hat in dem Moment einen Virus ins Verwaltungsnetzwerk gelassen – Neutralisierung nur gegen die Zahlung von Lösegeld.

Dass auch die „große“ Politik nicht vor Cyberkriminalität gefeit ist, zeigte sich im Jahr 2015: Die Verwaltung des Deutschen Bundestags musste

infolge des größten Cyberangriffs auf ihr internes Netzwerk alle Systeme für mehrere Tage herunterfahren. Stück für Stück hatten Hacker schon seit 2014 Trojaner auf einzelnen Rechnern platziert und sich so Zugang zu Administrator-Passwörtern verschafft. Im April 2015 erhielten dann mehrere Bundestagsabgeordnete eine gleichlautende Mail, deren Absendeadresse den Anschein machte, von den Vereinten Nationen zu stammen. Der Server des Senders wurde von der Firewall des Bundestagssystems nicht als problematisch eingestuft. Der in der Mail enthaltene Link führte vermeintlich zu einer Internetseite der UN – eine Fälschung, erkannte man nach der Aktivierung. Doch in diesem Moment wurde bereits unbemerkt eine Schadsoftware auf dem Rechner des Mailempfängers installiert.

Entdeckt wurde der Angriff erst im Mai 2015, als die Schadsoftware im gesamten Netzwerk des Bundestags aktiv wurde. IT-Spezialisten des Parlaments und des Verfassungsschutzes meldeten etwa zur gleichen Zeit, dass Unbekannte das Datennetz des Bundestags attackiert hatten. Ziele der Angreifer waren unter anderem das Abgeordnetenbüro von

Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie weiterer Abgeordneter – auch von Mitgliedern des Vertrauensgremiums zur Kontrolle der deutschen Geheimdienste. Den Ermittlungen zufolge war die groß angelegte Attacke einem ausländischen Nachrichtendienst zuzuschreiben, mehr wurde nicht bekannt. Fest steht allerdings, dass die Spähsoftware auch mehrere Wochen nach der Entdeckung des Cyberangriffs noch auf den Bundestagsrechnern aktiv war...

■ Test: Kommunale IT ist selten sicher

Im November 2017 belegte ein gemeinsamer Test von ZEIT ONLINE und dem IT-Sicherheitsexperten Martin Tschirsisch teils gravierende digitale Sicherheitslücken in der kommunalen Verwaltung: Vertrauliche Informationen sind einfach über das Internet erreichbar, Passwörter viel zu leicht zu knacken. Sogar Laien können kleine Sicherheitslücken ausnutzen. In der Kreisstadt Rheinstetten beispielsweise konnte Experte Tschirsisch auf ein Dokument zugreifen, das die Öffentlichkeit eigentlich nicht hätte sehen dürfen. Hierfür wendete er keine ausgeklügelten Tricks an, sondern öffnete einfach irgendein öffentliches Papier am Bildschirm und änderte in der Adresszeile des Browsers die Dokumentennummer. Diese kleine Spielerei genügte – Tschirsisch bekam Zugriff auf eine komplette Ausschreibung.

Große Sicherheitslücken ortete der IT-Fachmann auch beim Sitzungsdienst-, Rats- und Bürgerinformationssystem ALLRIS, das bei mehr als 400 Institutionen eingesetzt wird. Meldete sich derselbe Benutzer von verschiedenen Computern aus gleichzeitig an, wurde kein Alarm ausgelöst. Beim Test einer Berliner Behörde kam heraus, dass zahlreiche Bezirksverordnete nur ein Standardpasswort verwendeten, sodass

Tschirsisch nur ein Passwort knacken musste, um sich damit direkt in mehrere Accounts einzuloggen. Die Betroffenen bemerkten den Betrug gar nicht. Tschirsisch zeigte außerdem, dass auch vertrauliche Sitzungsprotokolle, Ausschreibungsunterlagen und Beschlüsse zur Beförderung von namentlich genannten Beamten nicht sicher vor Hacks sind, sogar auf Kfz-Anmeldungen und Personalausweisunterlagen konnte der Experte mitunter zugreifen und sie in einigen Fällen auch manipulieren.

■ BSI: Nationale Cybersicherheitsbehörde

Immerhin: Das Bewusstsein für das Bedrohungspotenzial durch Cyberangriffe ist in Deutschland mittlerweile weit verbreitet, hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in seiner Cybersicherheits-Umfrage 2017 ermittelt. Weil viele Angriffe nicht technische, sondern menschliche Fehler ausnutzen, führen mehr als die Hälfte der Organisationen regelmäßig Schulungen durch. Und daran tun sie gut, denn in der Tat wächst die Zahl der Cyberattacken rasant: Knapp 70 Prozent der Unternehmen und Institutionen in Deutschland sind in den Jahren 2016 und 2017 Opfer von Cyberangriffen geworden. In knapp der Hälfte der Fälle waren die Angreifer erfolgreich und konnten sich zum Beispiel Zugang zu IT-Systemen verschaffen, die Funktionsweise von IT-Systemen beeinflussen oder Internet-Auftritte von Firmen manipulieren.

„Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich, dass Cyberangriffe als eine der größten Bedrohungen für den Erfolg der Digitalisierung wahrgenommen werden“, sagt BSI-Präsident Arne Schönbohm. In seinem Amt laufen die Fäden zur nationalen Cybersicherheit zusammen. Über 700 Informatiker, Physiker, Mathematiker und andere Mitarbeiter küm-

mern sich in Bonn seit 1991 um zentrale Fragen zur IT-Sicherheit.

Seit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes im Juli 2015 ist das BSI mit umfassenderen Befugnissen ausgestattet – insbesondere, um den Schutz kritischer Infrastrukturen vor Cyberangriffen zu verbessern. Betreiber wichtiger Anlagen etwa aus den Bereichen Strom- und Wasserversorgung und Gesundheit sind verpflichtet, ein Mindestmaß an IT-Sicherheit einzuhalten, und sie müssen erhebliche Störungen an das Bundesamt melden. Parallel erarbeitet das BSI Standards und Kriterien für die IT-Sicherheit in den verschiedensten Branchen und Sektoren, zertifiziert Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen.

■ Sicher ins digitale Zeitalter – aber wie?

Das Nationale IT-Lagezentrum des BSI hat die digitale Sicherheit des Landes im Blick. Im Netzwerk UP KRITIS, eine öffentlich-private Kooperation zwischen Betreibern kritischer Infrastrukturen, deren Verbänden und den zuständigen staatlichen Stellen, informieren sich die Partner über aktuelle Vorkommnisse, bewerten und schätzen Bedrohungslagen ein. IT-Sicherheit müsse von allen Beteiligten in die Tat umgesetzt werden, fordert BSI-Chef Schönbohm: „Sicheres Verhalten muss so selbstverständlich werden wie im Straßenverkehr.“

Doch wie soll es denn nun aussehen, das sichere Verhalten von „Vater“ Staat im digitalen Zeitalter? Denkbar wären einheitliche Vorgaben für Sicherheitsstandards von öffentlichen Stellen. Aber die Kriterien und Standards des BSI beispielsweise gelten nur für die Verwaltungen und Behörden des Bundes und für den Datenaustausch zwischen Bund und Ländern. Die Länder wiederum können eigene Standards fest-

legen, auch für Kommunen, tun es bislang allerdings nicht flächendeckend.

Und selbst wenn es Vorgaben gibt, muss jemand überprüfen, ob sie auch eingehalten werden – und dafür braucht es qualifiziertes Personal. IT-ler für den öffentlichen Dienst gewinnen? Kein leichtes Unterfangen, wissen Praktiker seit Jahren: Wenn die Profis hören, was sie im Staatsdienst verdienen sollen, entscheiden sich die meisten für die zahlungskräftigere Privatwirtschaft.

Eines jedenfalls steht fest: Der Staat darf insbesondere mit Blick auf die digitale Verwaltung nicht weiter an der IT-Sicherheit sparen. Die Auswirkungen wären fatal – und deutlich teurer als die adäquaten Schutzmaßnahmen... ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © dbb

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 21, gültig ab 1.10.2017

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Im Gespräch mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Ich bin unseren Polizistinnen und Polizisten sehr dankbar für ihre Arbeit“

Mecklenburg-Vorpommern hat 150 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen. Zudem will die Landesregierung jährlich 15 Millionen Euro zusätzlich in die innere Sicherheit investieren. Das hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Gespräch mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht und Vertreter des Landesvorstandes der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) am 16. März am Rande der Landtagssitzung im Schweriner Schloss zugesagt. Lesen Sie hier das ganze Interview.

dbb regionalmagazin: Ende Februar hat sich der Koalitionsausschuss unter anderem dazu verständigt, Teile des voraussichtlichen Haushaltsüberschusses auch für den Bereich der inneren Sicherheit zu verwenden. Grundsätzlich werden damit auch jahrelange Forderungen des dbb mecklenburg-vorpommern (dbb m-v) und seiner Mitgliedsgewerkschaft Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) erfüllt. Wie kam es zu der doch überraschenden Einigung?

Manuela Schwesig: Ich habe bereits in meiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass ich das Thema innere Sicherheit sehr ernst nehme. Wir haben dann im Dezember mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 die angekündigten zusätzlichen 150 Polizeistellen umgesetzt. Die bessere Finanzlage des Landes macht es möglich, jetzt weitere 15 Millionen für die innere Sicherheit zur Verfügung zu stellen.

dbb regionalmagazin: Nach Ansicht des dbb m-v benötigt das Bestandpersonal schnell motivierende Schritte, wie zum Beispiel die Überarbeitung aller Zulagen, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage und die Schaffung von zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten. Welche Schritte sind geplant und wieviel Geld wird konkret kurzfristig in die Hand genommen?



> Uwe Kaatz, Olaf Knöpken (beide DPoIG), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht und Ronald Müller (DPoIG) (von links)

Manuela Schwesig: Es wird 15 Millionen Euro zusätzlich für die innere Sicherheit geben – und das nicht nur einmalig, sondern auch in den kommenden Jahren. Innenminister Lorenz Caffier hat den Auftrag, bis zur nächsten Sitzung des Koalitionsausschuss ein Konzept zu erarbeiten, wie die Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden. Ich führe derzeit Gespräche mit Polizeivertretern und Gewerkschaften, um mir selbst ein Bild zu machen.

dbb regionalmagazin: Was ist Ihnen dabei persönlich wichtig?

Manuela Schwesig: Ich finde es wichtig, dass wir jetzt auch einmal an diejenigen denken, die seit vielen Jahren ihren Dienst bei der Polizei ableisten,

zisten sehr dankbar für ihre Arbeit. Sie schaffen Sicherheit bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb müssen wir über Verbesserungen bei den Zulagen und zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten reden.

dbb regionalmagazin: In Hamburg besteht bei den dortigen Polizistinnen und Polizisten eine gesteigerte Zufriedenheit aufgrund der dort vor einiger Zeit vereinbarten Zulagenregelungen zwischen Senat und DPoIG. Ist beabsichtigt, im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit „über den Tellerrand zu schauen“, um Hamburger Regelungen zu übernehmen?

Manuela Schwesig: Ich kann den Vorschlägen des Innenministers nicht vorgreifen. Aber ich gehe davon aus, dass er diesen Blick über den Tellerrand vornimmt, bevor er uns seine Vorschläge präsentiert.

dbb regionalmagazin: Neben kurzfristig umsetzbaren Ideen spielt auch die Schaffung zusätzlicher Stellen eine große Rolle. Wie geht es dort weiter?

Manuela Schwesig: SPD und CDU haben sich zu Beginn der



> Die Ministerpräsidentin nahm sich Zeit für ein ausführliches Gespräch mit den Vertretern der DPoIG M-V. Im Bild (von links): Manuela Schwesig, Reinhard Meyer (Chef der Staatskanzlei), Uwe Kaatz, Ronald Müller und Olaf Knöpken (DPoIG M-V).

Wahlperiode darauf geeinigt, 150 zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen. Das wird umgesetzt. Wir haben in der letzten Sitzung des Koali-

tionsausschusses darüber gesprochen, im Zuge des angesprochenen Konzepts noch weitere Polizeistellen zu schaffen.

dbb regionalmagazin: Wie geht es jetzt weiter?

Manuela Schwesig: Sobald die Vorschläge des Innenministers

auf dem Tisch liegen, werden wir uns darüber unterhalten und verständigen.

Einkommensrunde 2018

Warnstreiks in Mecklenburg-Vorpommern

Nachdem die Arbeitgeberseite auch in der zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam auf Zeit gespielt hatte, fand am 14. März 2018 in Rostock nach Aufruf des dbb m-v ein Warnstreik der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen statt.

„Kaum Perspektiven und jede Menge Ausreden“, fasste dbb Tarifchef Volker Geyer den Verlauf der zweiten Verhandlungsrunde dort zusammen. „Wir lassen uns in Zeiten sprudelnder Steuerquellen nicht in eine Rezession reden. Wenn so die Wertschätzung der Arbeitgeber gegenüber ihren Beschäftigten aussieht, dann stehen wir heute zu Recht hier! Die Leistung der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst kommt der ganzen Gesellschaft zugute, und das kostet etwas.“ Statt auf ewig klamme Kassen zu verweisen, sollten die Arbeitgeber den öffentlichen Dienst jetzt endlich fit für die Zukunft machen.

Dazu zählten attraktive Arbeitsbedingungen und eine

vernünftige personelle und materielle Ausstattung, so



> Zahlreiche Beschäftigte, darunter Mitglieder des BDZ, der kombi, von VAB, vbba und anderen Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v, waren zu einer Kundgebung auf dem Neuen Markt in Rostock zusammengekommen.

Geyer. „In den kommenden Wochen werden wir den Druck massiv erhöhen. Dass wir das können, haben wir heute unter Beweis gestellt!“

Der dbb Landeschef Dietmar Knecht kritisierte, dass es auch im 30. Jahr der Wiedervereinigung noch Nachteile für Beschäftigte der neuen Bundesländer gebe: „Die Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA ist eine unserer Forderungen, die umgesetzt werden muss“, so Knecht. „Schließlich leisten die Beschäftigten in den neuen Bundesländern ihren Dienst genauso produktiv, effektiv, rechtssicher und verantwortungsbewusst wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den alten Bundesländern. Wir stehen heute auch hier, damit die Ungleichbehandlung endlich aufgehört!“

Auftakt Betriebsratswahlen bei DB Regio in Rostock

GDL-Bundesvorsitzender geht mit Bahnvorstand hart ins Gericht

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in Mecklenburg-Vorpommern legte zum Auftakt der diesjährigen Betriebsratswahlen im Wahlbetrieb DB Regio Rostock am 23. März 2018 zunächst Rechenschaft ab.

„Weiterhin haben wir die Werkstatt Rostock gestärkt sowie die neue Dienstplan- und Schichtregelungen aufgrund der tariflichen Erfolge mit der GDL umgesetzt“, so Krombholz.

Der ebenfalls anwesende GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky stellte klar, dass nach

Der Betriebsratsvorsitzende Volker Krombholz hob in seinen Ausführungen hervor, dass

in der Wahlperiode 2013 bis 2018 immerhin 141 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind.

jahrzehntelangem Abbau von Personal und Gleisen wieder versucht wird, die Schiene auszubauen. Weselsky: „Uns fehlen 1 000 Lokomotivführer und ein Großteil der noch Aktiven geht in den nächsten Jahren in Rente. Zuviel Geld wird aber beispielsweise in ‚Stuttgart 21‘ versenkt und andernorts an Weichenhei-

zungen gespart, sodass die Bahn – wie in Leipzig geschehen – bei 5 Zentimetern Schnee den Betrieb einstellen muss. Das hat es so noch nicht gegeben und ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten.“

Eindringlich warb Weselsky für einen integralen Taktfahrplan. Schließlich sei es witzlos, mit 300 Stundenkilometern durch die Gegend zu sausen, um dann eine Stunde auf einen Anschlusszug zu warten.

„Dass die Bahn unter den Umständen noch eine Pünktlichkeit von 75 Prozent erreicht hat, lag auch daran, dass Lokomotivführer und Zugbegleiter den Zugverkehr mit Überstunden und Herzblut aufrechterhalten haben“, bemerkte Weselsky un-

ter dem Applaus der Anwesenden. Er zeigte sich außerdem zuversichtlich, dass die Wähler die konsequente betriebliche Interessenvertretung durch die GDL in den letzten vier Jahren mit dem Kreuz an der richtigen Stelle honorieren werden: „Unser Motto ‘stark, unbestechlich, erfolgreich’ ist Markenzeichen und Gütesiegel zugleich. Der verlässliche Partner für das Zugpersonal sind wir als GDL. Die tragende Kraft sind die GDL-Betriebsräte vor Ort!“

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht kritisierte erneut die auch im Bahnbereich zunehmende Gewalt gegen Mitarbeiter. „Es vergeht keine Woche, in der keine Meldung über tätliche Gewalt gegen Zugbegleiter in den Zeitungen



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, Betriebsratsvorsitzender Volker Krombholz, GDL-Bundesvorsitzender Claus Weselsky und Gerd Krüger, Vorsitzender der GDL OG Wismar (von links)

erscheint. Das Strafgesetzbuch ist zwar bei Einsätzen von Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehr angepasst worden, wir brauchen aber einen besonde-

ren Schutz für all jene, die für das Gemeinwohl arbeiten. Denn auch wer Bahnerinnen und Bahner angreift, greift uns alle an.“

Gastbeitrag

Zum Ruhestand von Brigitte Thielk, Gleichstellungsbeauftragte von Rostock

„In der Hansestadt Rostock geht eine ‚Ära‘ zu Ende, denn Sie können auf eine lange Geschichte in der Stadtverwaltung zurückblicken.“ Mit diesen Worten begann der Präsident der Rostocker Bürgerschaft, Dr. Wolfgang Nitzsche, am 22. Februar 2018 seine Rede zur Verabschiedung der langjährigen Gleichstellungsbeauftragten (GBA) der Hansestadt Rostock, Brigitte Thielk.

Wie Nitzsche und der stellvertretende Oberbürgermeister Chris Müller-von Wrycz Rekowski waren etwa 100 weitere Gäste aus der Stadtverwaltung und besonders aus dem Frauennetzwerk von Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und der Rostocker Bürgerschaft der Einladung zur Verabschiedung Thielks gefolgt.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer würdigten die langjährige Leistung der Gleichstellungsbeauftragten und ihren unermüdlichen Einsatz zur Durchsetzung der laut Grundgesetz und der Kommunal-

verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern festgeschriebenen Aufgabe, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Aber mit der Stunde des Abschieds sind auch immer Momente des Rückblicks verbunden. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen, Ländern und im Bund sind heute eine Selbstverständlichkeit. Doch das war nicht immer so.

Von Anfang an haben denn auch große Hoffnungen, viel

Herzblut und Engagement, aber auch so manche Ernüchterung die Gleichstellungsarbeit in Rostock begleitet.

Die vielen Frauen, die gemeinsam mit Brigitte Thielk die Initiative ergriffen haben, mussten erkennen, dass viel erreichbar ist. Aber auch, dass die Sonntagsreden von männlichen Amtsträgern und die Alltagsmühen der Gleichstellungsbeauftragten oft noch Lichtjahre voneinander entfernt waren.

So war Brigitte Thielk eine der ersten kommunalen Gleichstel-



> Brigitte Thielk

lungsbeauftragten im Land, zunächst seit 1990 im damaligen Landkreis Rostock und seit nunmehr 24 Jahren in der Hansestadt Rostock.

Dank ihres Engagements hatte sich Rostock als erste Stadt in Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet, die Gleichstellung von Frau und Mann als Querschnittsthema wahrzunehmen

und bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf Frauen und Männer zu berücksichtigen.

Thielk hat dabei immer parteiübergreifend gearbeitet. So hat sie beispielsweise mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Rostock den „Frauenpolitischen Tisch der Hansestadt Rostock“ gegründet und dort mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern frauenpolitische, aber auch andere wichtige Themen der Menschen in der Stadt diskutiert.

Als Mitglied der Lokalen Agenda und des Bündnisses für Familien hatte Brigitte Thielk auch Einfluss auf die Stadtentwicklung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genommen und so erreicht, dass Rostock als erste Kommune im Land die „Europäische Charta für Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene“ unterzeichnet und sich damit zur Umsetzung der entsprechenden Kriterien verpflichtet hat.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Projekten und Initiativen, die zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik auf den

Weg gebracht wurden, wie zum Beispiel die Veranstaltungsprogramme zum Thema „Gewalt gegen Frauen“, zum „Internationalen Frauentag“, aber auch zum „Equal Pay Day“.

Ein Projekt für die Stadt Rostock mit Tradition ist das „Frauenpolitische Frühstück“. Hier treffen sich einmal im Jahr Frauen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden sowie Institutionen in Unternehmen der Stadt, die die Frauenförderung von der Ausbildung bis zur Führungsposition auf der Agenda haben. Es werden das Unternehmen und seine Strategie vorgestellt und in einer Führung durch den Betrieb erläutert.

Auch das Thema „Mehr Frauen in die Politik“ hat die Gleichstellungsbeauftragte angepackt und in verschiedenen Veranstaltungen gemeinsam mit Kommunalpolitikerinnen die Frauen ermutigt, Politik aktiv mitzugestalten, zum Beispiel mit einer Kandidatur für die Bürgerschaft.

Doch auch weit über die Stadtgrenzen hinaus engagierte sich Brigitte Thielk, etwa als Vorsit-

„Der Weg war steinig und manch Männerkopf in Stadt und Land verwirrt:

Was will die Frau mit Gender Mainstreaming, Frauen in Führungspositionen und Vereinbarkeit?

Doch er war richtig und hat mit großer Frauenpower zum Erfolg geführt.

Du schafftest es mit Mut, Kraft, Wissen, Netzwerk und Beharrlichkeit!“

Abschiedsgedicht von Brigitte Schroeder

zende des Regionalbeirats zur Umsetzung des Programms des Europäischen Sozialfonds, als Mitbegründerin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern, deren Sprecherin sie seit 1994 war. Auch auf Bundesebene war sie aktiv und hat unter anderem als Mitglied der Frauenkommission des Deutschen Städtetages umfangreiche Erfahrungen eingebracht. Und sie war von 1996 bis 2000 die erste ostdeutsche Sprecherin der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in der Bundesarbeitsgemeinschaft.

In Anerkennung ihrer Leistungen und ihres beachtlichen Engagements für Gleichberechtigung, Demokratie und Toleranz

hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf ihrem Neujahrsempfang im Januar 2018 Brigitte Thielk den Verdienstorden des Landes verliehen.

Nachfolgerin im Amt der Gleichstellungsbeauftragten wird nun ab 1. Mai Cathleen Kiefert-Demuth. Sie ist komba Mitglied und bisher Geschäftsführerin des Frauenbildungnetztes Mecklenburg-Vorpommern und Vorstandsmitglied im Landesfrauenrat MV.

Wir danken Brigitte Thielk für ihren unermüdlichen Einsatz und wünschen ihrer Nachfolgerin viel Kraft für die kommenden Aufgaben!

*Brigitte Schroeder,
Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des dbb m-v*

dbb m-v fordert weitere Änderungen im Strafrecht

Wer den öffentlichen Dienst angreift, der greift das Fundament unseres Staates an

Auf einer Personalversammlung des Innenministeriums von Mecklenburg-Vorpommern hat der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 5. März 2018 weitere Schritte zur Verschärfung des Strafrechts bei Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gefordert.

Offene Feindschaft schlage verschiedensten Berufsgruppen entgegen: Polizisten und Rettungskräften ebenso sowie Mitarbeitern von Ordnungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialämtern. Selbst Forstleute seien mittlerweile betroffen. „Auch vor tätlichen Angriffen wird

nicht zurückgeschreckt“, betonte Knecht im Beisein von Innenminister Lorenz Caffier. „Daher ist die jüngste Novelle der Strafgesetzbuchparagrafen 113 bis 115 ein richtiger Schritt, aber immer noch unzureichend.“ Die Änderung zielt allein auf Übergriffe gegen Po-

lizei, Feuerwehr und Rettungskräfte ab, während die Mehrheit der Bediensteten der öffentlichen Hand nicht unter diesen besonderen Schutz falle.

Die Erweiterung des Schutzes für alle Mitarbeiter des öffent-

lichen Dienstes und der Bahnunternehmen sei aber angesichts der steigenden Fallzahlen und der neuen Qualität der Übergriffe unabdingbar. „Wer Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes angreift, greift uns alle und das Fundament unseres Staatsgefüges an“, so Knecht. „Darüber hinaus wäre optimal, wenn dann auch noch genug Personal für Sicherheit und Ordnung zur Überwachung der Gesetze da wäre.“

SBB: Erster Schritt in die richtige Richtung

Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel

Endlich hat sich die Regierungskoalition in Sachsen auf Schritte zur Gewinnung und Bindung von Lehrern geeinigt. Wichtige Bestandteile sind das Angebot einer Verbeamtung bis zum 42. Lebensjahr sowie bessere Eingruppierungen der Grundschullehrer.

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen hat ein von der Landesregierung beschlossenes Maßnahmenpaket zur Gewinnung und Bindung von Lehrkräften am 9. März 2018 begrüßt. Wesentliche Bestand-

teile sind demnach sowohl das Angebot einer Verbeamtung bis zum 42. Lebensjahr als auch bessere Eingruppierungen der Grundschullehrer. Die SBB-Vorsitzende Nannette Seidler mahnte, dass diese Maßnah-

men „nur ein erster Schritt“ zu einer dauerhaften Sicherstellung des Lehrernachwuchses in Sachsen sein könnten. Zudem müssten sie schnell umgesetzt werden. Die erfolglose Suche nach grundständig ausgebildeten Lehrern an vielen Schulen habe in den letzten Jahren mehr als deutlich gemacht, dass schon längst dringender Handlungsbedarf bestehe.

Allerdings sehen die Regierungspläne vor, die grundsätzliche Verbeamtung von Lehrkräften ab 2023 erneut auf den

Prüfstand zu stellen. Es sei zu bezweifeln, so der SBB, ob diese Befristung eine zukunftsfähige Lösung sei. Darüber hinaus müssten nicht nur jungen Lehrern berufliche Perspektiven aufgezeigt werden. „Auch diejenigen, die dem Freistaat seit Jahren die ersten Plätze in PISA-Studien beschert haben, müssen in diesem Prozess mitgenommen werden“, so Seidler. Ob das beschlossene Maßnahmenpaket dies leisten könne, werde sich in der konkreten Ausgestaltung zeigen.

Kommentar

„Der lange Weg nach oben – Frauen in Politik und Verwaltung“

Rund um den Internationalen Frauentag hat es zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen gegeben. Alle haben das gleiche Ziel: Auf die ungleiche Behandlung von Frauen und Männern hinweisen. Und gerade das ist in unserer heutigen Zeit besonders wichtig.

Die Arbeit der Frauen wird oftmals als selbstverständlich und normal hingenommen. Das müssen wir ändern. Unsere Arbeit ist viel Wert und muss mehr Wertschätzung erfahren. Ohne die Leistungen der Frauen und ihr Engagement würde unsere Gesellschaft nicht so gut funktionieren können.

Auch heute noch werden 80 Prozent der Sorgearbeit von Frauen erledigt. Dabei zählen zur Sorgearbeit insbesondere die Sozial- und Pflegeberufe, Ehrenämter und die Pflege von Familienangehörigen (Kinder, Eltern). Gerade in der Arbeitswelt müssen diese Sorgearbei-

ten aufgewertet und besser bezahlt werden. Damit können wir eine anerkennende Wertschätzung für die Arbeit der Frauen für unsere Gesellschaft erreichen.

► Zu wenig Frauen in Führungspositionen

Die diesjährige Festveranstaltung der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, zum Internationalen Frauentag widmete sich dem Thema „Der lange Weg nach oben – Frauen in Politik und Verwaltung“. Sie fand am 10. März im Sächsischen Landtag statt.

Im öffentlichen Dienst in Sachsen arbeiten circa 65 Prozent Frauen und 35 Prozent Männer. Schaut man jedoch in die Führungsbereiche, so ist hier nur noch ein Frauenanteil von circa 40 Prozent. Und je höher man geht, desto weniger Frauen sind vertreten. Der Frauenanteil beträgt in der Sächsischen Staatsregierung nur 30 Prozent und im Sächsischen Parlament rund 33 Prozent.

Aber warum ist das so? Frauen sind doch in der Schule, in der Berufsausbildung und im Studium oftmals besser als die Männer. Und trotzdem schaffen sie es nicht in die Führungsebenen.

Frauen nehmen oftmals länger als ein Jahr Elternzeit in Anspruch und arbeiten anschließend Teilzeit. Beide Faktoren haben eine hemmende Wirkung auf die Karriereentwicklung. Und diesen beruflichen

Nachteil können Frauen nicht mehr aufholen. „Frauen müssen mehr Leistung bringen als Männer“, erläuterte Petra Köpping in ihrer Festrede.

Frauen stecken in einer Zwickmühle. Denn die Familienplanung und somit die Eltern- und Teilzeit ist im Zeitraum von 25 Jahren bis 40 Jahren auf dem



► Die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, bei ihrer Ansprache.

Höhepunkt. Und dieser Zeitraum ist oft maßgeblich für die Entwicklung der Karriere. Sie müssen sich also zwischen Familie und Karriere entscheiden.

Grundlage für die Karriereentwicklung sind die Leistungseinschätzungen und somit die Beurteilungen. Wer gute Beurteilungen bekommt, steigt schneller auf. Doch noch immer sind wir bei einer Präsenzbeurteilung. Das heißt: Wer da ist und sich in Persona zeigt, wird wahrgenommen und besser beurteilt. Frauen gehen für die Familie in Teilzeit/Telearbeit und sind somit oftmals weniger präsent. Oder werden als wenig flexibel eingeschätzt, da sie nicht „24 Stunden“ verfügbar sind. Wir brauchen statt einer Präsenzbeurteilung eine echte Leistungsbeurteilung.

► Digitalisierung: Die Welt ist im Wandel

Wir haben zahlreiche Gesetze. Sie bilden den Rahmen für unsere tägliche Arbeit. Die Ausgestaltung liegt jedoch in unserer Hand. Damit Frauen die gleichen Chancen bekommen und auch mitmachen, müssen diese Rahmenbedingungen verbessert werden.

Die Welt ist im Wandel. Betrachten wir die letzten zehn bis 20 Jahre, so ist durch die Digitalisierung vieles möglich geworden. Durch mobiles und flexibles Arbeiten können wir Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Wir müssen es nur nutzen. Das heißt, auch einmal über den Tellerrand zu schauen, neue Wege zu gehen und auszupro-

bieren. Führungspositionen lassen sich auch gut in Teilzeit oder Telearbeit bewältigen.

Für eine bessere Ausgestaltung in den jeweiligen Behörden und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes benötigen wir eine starke Interessenvertretung vor Ort. Und dazu brauchen wir ein starkes und modernes Gleichstellungsgesetz. Insbesondere die Beauftragten vor Ort setzen sich für die Belange der Frauen und Familien ein und wirken bei der täglichen Umsetzung den Benachteiligungen entgegen. Daher sind vor allem bessere Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, bessere Freistellungen und finanzielle Ausstattung sowie die Eröffnung des Rechtsweges erforderlich.

Die Staatsregierung setzte sich zum Ziel, bis Ende 2016 das seit über 20 Jahren bestehende Sächsische Frauenförderungsgesetz zu modernisieren. Dies ist bis jetzt nicht geschehen. Nun brachte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf ein, der jetzt im Parlament diskutiert wird. Voraussichtlich im Herbst 2018 wird dazu ein Beschluss gefasst.



Von Tanja Teich,
Vorsitzende der SBB Frauen

SBB Senioren

Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung

Bei der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 13. und 14. März 2018 im dbb forum in Berlin legt der Vorsitzende Wolfgang Speck in seinem Rechenschaftsbericht dar, dass es gut sei, dass Deutschland wieder eine Regierung habe. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele wiesen jedoch erhebliche Schwachstellen auf.

Zwar sei mit dem geplanten dritten Rentenpunkt für vor 1992 geborene Kinder von Müttern mit mindestens drei Kindern („Mütterrente II“) ein

weiterer Schritt zur rentenrechtlichen Gleichstellung von Geburten ab beziehungsweise vor 1992 geplant. Diese Regelung gehe aber nicht weit ge-

nug. „Die Große Koalition hätte Mut zu mehr Gerechtigkeit zeigen müssen, denn alle Kinder sind gleich viel wert“, so Senioren-Chef Speck. Zudem müsse die Finanzierung aus Steuermitteln statt aus Rentenversicherungsbeiträgen geleistet werden, weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handle. Nicht hinnehmbar sei, dass der Vertrag keine Regelung zur wirkungsgleichen Übertragung der Mütterrente auf den Beamtenbereich enthalte.

Zur Absichtserklärung, die Tarifabschlüsse auf Bundesebene auf die Beamten zu übertragen, sagte Speck: „Die dbb bundesseniorenvertretung geht davon aus, dass der Bund die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung, aber natürlich auch

auf die Beamtenversorgung überträgt. Alles andere wäre den Beamten und den Pensionären nicht zu vermitteln.“

In die richtige Richtung geht nach Auffassung der dbb bundesseniorenvertretung der Plan, Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess mit einer Fondslösung auszugleichen. Die im Koalitionsvertrag angedeutete Voraussetzung „eines Grundleistungsbezugs“ sei allerdings zu eng gefasst: Zahlreiche besonders belastete Personengruppen wie beispielsweise Wissenschaftler oder die ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, deren Ansprüche und Anwartschaften nicht hinreichend in die Rentenversicherung überführt wurden, könnten weitgehend leer ausgehen. Zudem forderte der Chef der dbb Seni-



© SBB Senioren

oren, dass der dbb an der geplanten Rentenkommission teilhaben müsse. Sie stehe vor der anspruchsvollen Aufgabe, einen „verlässlichen Generationen-

vertrag“ zu entwickeln. Walter Wunderlich (GdL) und Rita Müller (SBB Seniorenvertretung), nahmen für Sachsen an der Hauptversammlung teil. In

der Diskussion sprachen sie Themen an, die die sächsischen Senioren diskutieren und wo sie Handlungsbedarf sehen. Diese Themen wurden im Rah-

men der Hauptversammlung der SBB Seniorenvertretung im Dezember 2017 erörtert.

10. Schulpolitisches Forum

Was kommt wohl schneller: Künstliche Intelligenz oder digitale Schulen?

Unter dem Motto „SURFEN, KLICKEN, WISCHEN – UNTERRICHT DIGITAL“ hatten die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag und die Lehrerverbände im SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen zum 10. Schulpolitischen Forum eingeladen.

Der Einladung ins Deutsche Hygiene-Museum Dresden folgten am 3. März 2018 sowohl Lehrer und Leiter aller Schularten, Vertreter der Lehrer ausbildenden Hochschulen, des Landesamtes für Schule und Bildung, der kommunalen Schulträger als auch viele weitere prominente Gäste aus Politik und Gesellschaft.

Lothar Bienst, Vorsitzender des Arbeitskreises für Schule und Sport der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, zog in seiner Begrüßung einen Bogen von einer Tagung 1993, in der es um Vernetzung, Telelearning und ähnlichen Themen ging, bis hin zum Doppelhaushalt 2019/2020, in dem der finanzielle Hintergrund für die Verbesserung der Ausstattung der Schulen geschaffen werden soll.

Ralph Müller-Eiselt, Senior Expert der Bertelsmann Stiftung und Co-Autor des 2015 erschienenen Buches „Die digitale Bildungsrevolution: Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können“, betrachtete in seinem Vortrag die Digitalisierung an Schulen und Hochschulen nicht als neues Problem, sondern als Teil der Lösung des globalen Bildungshungers: Getreu des

Anliegens von Wilhelm von Humboldt, Bildung für alle durchzusetzen.

Der DigitalPakt kommt

In einer Zeit, in der das Abitur zum Regelabschluss gehört, wo das Studium der Normalfall ist und Lehrkräfte es mit wachsender Vielfalt und immer inhomogeneren Lerngruppen zu tun haben, zeigte er den Teilnehmern neue Lösungsmöglichkeiten. Alles läuft auf sechs potenzielle Mehrwerte der Digitalisierung hinaus: Zugang für Begabte; Personalisierung der Bildungswege; unmittelbares Feedback; vernetztes Lernen; Orientierung im Bildungsdschungel; Sichtbarmachen individueller Kompetenzen. Am Ende seiner Ausführungen stand die Botschaft: „WLAN, standortgebundene Endgeräte und Cloud-Lösungen für Unterrichtsinhalte für 40 000 Schulen zwischen 2018 und 2022: Der DigitalPakt über fünf Milliarden Euro für fünf Jahre kommt endlich.“

Kultusminister Piwarz ging anschließend insbesondere auf das Tempo der Entwicklung neuer Standards ein: „Schulen in Sachsen sollen den Schritt in die digitale Welt machen kön-

nen. (...) Das Problem der Breitbandanbindung soll bis 2022/2025 gelöst sein.“ Damit könnten aktuelle Lösungen nur Übergangslösungen sein, die unter Umständen 70 Millionen Euro kosten. Fehlende Glasfaserkabel könnten zum Beispiel durch Funknetzwerke überbrückt werden. Piwarz betonte, dass die Potenziale der Technik durch gleichzeitige Lehrerausbildung und -qualifizierung nutzbar gemacht werden können und dazu auch Onlinefortbildungen bereitgestellt werden sollen.

Praxiserfahrungen

Es folgten Praxisbeispiele unter der Überschrift: „Digitale Bildung macht Schule“.

Aus dem Beruflichen Schulzentrum (BSZ) für Wirtschaft und Technik Bautzen berichtete der Landesvorsitzenden des Lehrer-

verbandes Berufliche Schulen Sachsen e.V., Dirk Baumbach. Nach einem Film zum Erweiterungsbau des BSZ litten alle Anwesenden, als Dirk Baumbachs geplante SKYPE-Verbindung in den laufenden Unterricht in der Fachschule durch die allen allzu bekannte Meldung „Schlechte Netzwerkverbindung“ immer wieder ins Stocken geriet.

Aus der Scultetus-Oberschule Görlitz stellte Schulleiter Frank Dörfer das dortige Konzept der Integrationsschule vor. Außerdem kritisierte er besonders die verfehlten Ausbildungszahlen und die Arroganz der lehrer ausbildenden Hochschulen bezüglich der notwendigen Inhalte. Des Weiteren wurde seine Verärgerung über fehlgeleitete Investitionen in 16er-PC-Kabinette bei notwendigen 28er-Klassenräumen deutlich. Den Schülern stehen geräteunabhängige Apps für die Bearbei-



> Die Diskutanten der Fishbowl-Diskussionsrunde, unter anderem mit Kultusminister Christian Piwarz (5. von links).

© Steffen Winkler

tung der Monatsaufgaben zu Hause zur Verfügung und die Beratung fand durch eine Berliner Firma statt. Frank Rainer Richter (Schulleiter) und Stefan Wahl (Leiter der Außenstelle) vom Sportgymnasium Klingenthal hoben die enge Zusammenarbeit mit einem regionalen Unternehmen hervor und zeigten als Möglichkeit zur Steigerung der Leitungskapazität die Kopplung von vier Anschlüssen auf. Neben viel Planungs- und Organisationsaufwand wurden hier auch reichlich Kraft und Schweiß beim Verlegen der fehlenden Kabelmeter durch Schüler und Lehrer investiert.

■ Fishbowl-Diskussion

Schwerpunkte der anschließenden Fishbowl-Diskussion, die von vielen Fragen und Anregungen aus dem Publikum belebt und erfrischend durch die MDR-Moderatorin Ine Dippmann geleitet wurde, waren:

- > Hilfsmittel in Abituraufgaben
- > IT-„Hausmeistern“
- > Schnittstellen zwischen

- Schulträgern und Kultusministerium
- > ethische Gesichtspunkte der Digitalisierung
- > Speicherung des gigantischen Datenvolumens
- > Digitalisierung mindert nicht den Lehrerbedarf
- > Sponsoring aus der Wirtschaft
- > Selbstverantwortung der Schulen (Einbindung der Lehrerschaft)
- > Akzeptanz an Schulen durch Beratung
- > Zeitlicher Rahmen der Einordnung in kommunale Haushalte
- > notwendige soziale Kompetenzen
- > Probleme mit der Fortsetzung des Zertifikatskurses „Medienpädagogik“ an Uni Dresden
- > Diskussion um Für und Wider einheitlicher oder zentraler Lösungen
- > Vernetzung Schulen – Hochschulen

Nach insgesamt fast fünf Stunden bedankte sich Lothar Bienst bei den Hauptakteuren der Veranstaltung, bevor Dirk Baumbach die Schlussrede hielt. Er

beendete die Veranstaltung mit folgenden fünf Gedanken:

- > Lehrerinnen und Lehrer sind bisher Experten in ihren Fächern und in der Pädagogik, hinzukommen wird nun die Handhabung der digitalen Medien.
- > Lehrerinnen und Lehrer erwarten nicht zu Unrecht eine digitale Qualifizierungsoffensive, die sie systematisch in Aus- und Fortbildungen dort abholen, wo sie derzeit an ihrer Schule stehen.
- > Lehrerinnen und Lehrer brauchen rechtliche Sicherheit im Umfeld der Digitalisierung. Softwarelizenzierungen, Datenschutz, Urheberrecht, der Umgang mit BYOD (Bring your own Device) bilden nur einige Aspekte ab, die digitale Bildung tragfähig und rechtssicher gestalten.
- > Individualisierung von Bildungsinhalten für die Lernenden bedeutet auch, auf Schulebene nachhaltige Entwicklungskonzepte auf die Spezifik der jeweiligen Schulart auszurichten, Förderkonzepte zu planen und Ressourcen bereitzustellen.

- > Die infrastrukturelle IT-Grundausstattung muss Stabilität und Zuverlässigkeit für die Akteure garantieren.

■ Lehrkräfte auch zukünftig entscheidend

Am Ende sei es nicht das Medium oder das Werkzeug, welches den Mehrwert in der Bildung ausmacht. Es seien die Lehrerinnen und Lehrer, welche die Schülerinnen und Schüler als Partner auf ihrem Weg begleiten.

„Pädagogik vor Technik“, so Baumbach. „Ergreifen wir gemeinsam die Chance, ein jeder mit seinen Möglichkeiten, die Bildung für das digitale Zeitalter leistungsfähig zu machen und pädagogische Innovationen am Lernort Schule wirksam werden zu lassen. Die Schule ist kein autonomer weltfremder Ort, sie ist der Spiegel unserer Gesellschaft. Die Papiere sind geschrieben und um mit J. W. Goethe zu sprechen: ‚Der Worte sind genug gewechselt, Laßt mich auch endlich Taten sehn! Indes ihr Komplimente drechseht.‘“ ■

Sächsischer Schulleitungsverband

Mitgliederversammlung

Am 16. März 2018 fand im Rahmen der Leipziger Buchmesse die jährliche Tagung des Sächsischen Schulleitungsverbandes (SSV) statt.

Der Vorsitzende Michael Ufert gab einen Überblick über die Arbeit des Vereins im vergangenen Jahr. Viele Anregungen der Mitglieder des Schulleiterverbands seien durch die konstruktive Zusammenarbeit mit der Spitze des Kultusministeriums umgesetzt worden. So konnten etwa sogenannte Härtefälle (Schulleiter beziehungsweise stellvertretende Schulleiter, welche seit Jahren berufen, aber noch nicht im ausgeschriebenen

Endamt eingruppiert sind) eine Sprungbeförderung erfahren. Im aktuellen Handlungspaket sei außerdem unter anderem formuliert, dass infolge der Höhergruppierungen im Lehrerberreich die Schulleitungssämter an Grund-, Ober- und Förderschulen angepasst werden sollen.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Wertschätzung der Arbeit des SSV durch die Teilnahme von Kultusminister Christi-

an Piwarz. Er erörterte mit den Teilnehmern die aktuellen Maßnahmen mit dem Schwerpunkt „Sicherstellung der Einstellung grundständig ausgebildeter Lehrer“ und besprach weitere auf die Schulleitungen zukommenden Maßnahmen, wie etwa Vornahme weiterer Beurteilungen sowie Änderungen in der Stundentafel und im Besoldungsrecht. Als Anregungen nahm Piwarz unter anderem die Prüfung der Notwendigkeit der laufenden Anerkennungsverfahren der DDR-Lehrer sowie die aktuelle Vergütungs-/Besoldungssituation im Schulleitungsbereich und das Nichtvorhandensein

einer Sächsischen Schulbau-richtlinie als weiter dringend zu klärende Probleme mit.

Dieser offene und ehrliche Umgang, das Interesse an den Problemen der Schulen vor Ort sind eine neue Qualität des Umgangs miteinander, so Ufert. Daher wünschte der SSV dem Minister viel Erfolg und eine lange Amtszeit.

In der anschließenden Arbeitsphase entwickelten die Teilnehmer in Gruppen mit der Methode World Café die wesentlichsten Arbeits- und Handlungsschwerpunkte für das kommende Verbandsjahr. ■

Aus dem Landtag

Dienstrecht: dbb Forderungen erfüllt

Die Landtagsfraktionen der Regierungsparteien von CDU, SPD und Grünen haben sich am 22. Februar 2018 auf Änderungen am Gesetzentwurf zum Dienstrecht verständigt, die voraussichtlich in der Plenarsitzung im April beschlossen werden. Wichtige Forderungen des dbb sachsen-anhalt werden damit erfüllt.

Für Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst soll die besondere Altersgrenze demnach einheitlich auf 62 Jahre angehoben werden. Sie können zukünftig auf Antrag für jedes Dienstjahr – beginnend ab dem achten Jahr, in dem sie Schicht- und Wechselschichtdienst geleistet haben, einen Monat früher in den Ruhestand versetzt werden. Beamte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst erreichen den Ruhestand weiter mit Vollendung des 60. Lebensjahres. Auch der pauschale finanzielle Ausgleich

in Höhe von 4 091 Euro wegen Erreichens der besonderen Altersgrenze wird weiter gewährt.

Die Staffelung der Altersgrenzen nach anderen Kriterien ist damit vom Tisch. „Wir haben immer gesagt, dass eine nach Besoldung oder Laufbahnzugehörigkeit differenzierte Anhebung der Altersgrenzen rechtlich fragwürdig, wenig transparent und ungerecht ist“, sagte der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck. „Bei der Landesregierung

sind wir mit unserer Kritik aber auf taube Ohren gestoßen. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass die Koalitionsfraktionen unserem Vorschlag gefolgt sind, die besonderen Belastungen der Vollzugsbediensteten durch einen früheren Ruhestandseintritt anzuerkennen. Die Kröte, dass sie erst ab dem achten Jahr Schichtdienst für jedes Dienstjahr einen Monat früher in Pension gehen können, müssen wir schlucken.“

Auch dass die besondere Altersgrenze der Feuerwehr-

beamten im Einsatz nicht angehoben wird, sei kein Selbstläufer gewesen, erklärte Ladebeck. Dafür wurde ebenso bis zuletzt gekämpft wie für den Erhalt der 4 091 Euro „Übergangsgeld“.

➤ Änderung auch am Besoldungsgesetz

Mit einer Änderung im Besoldungsgesetz schaffen die Koalitionsfraktionen zudem Gerechtigkeit für Diplomlehrer, weil damit sogenannte „Stichtagsnichterfüller“ im Schuldienst besser bezahlt werden. Von der Regelung sind Diplomlehrer betroffen, die ihr Studium in der DDR absolviert haben. Für die Lehrerverbände im dbb Landesbund wird damit eine jahrzehntelange Ungerechtigkeit beseitigt. ■

Wahlaufruf

Betriebsratswahlen 2018: Recht auf Mitbestimmung nutzen!

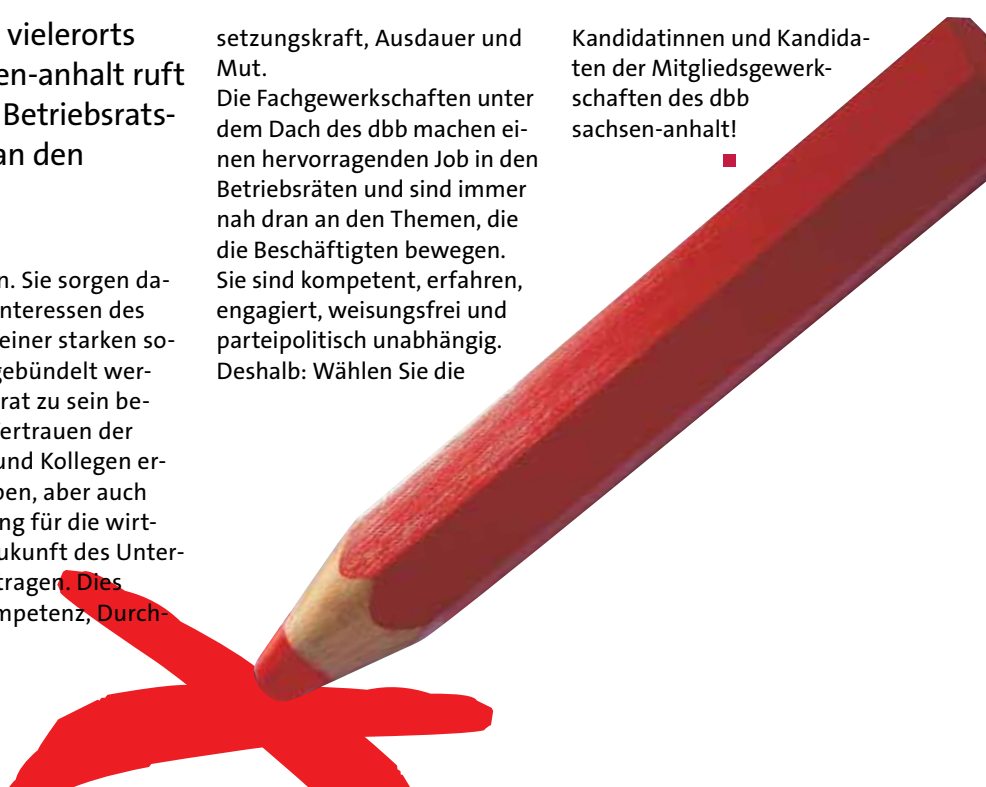
Von März bis Ende Mai 2018 werden vielerorts Betriebsräte gewählt. Der dbb sachsen-anhalt ruft die Beschäftigten zur Kandidatur als Betriebsratsmitglied und zur aktiven Teilnahme an den Wahlen auf.

Angesichts zahlreicher Umstrukturierungen und stetig wachsender Arbeitsbelastung sind wehrhafte Betriebsräte wichtiger denn je. Denn sie sind es, die darauf achten, dass Gesetze und Tarifverträge eingehalten werden und die Beschäftigten den Arbeitgebern nicht schutzlos ausgesetzt sind. Betriebsräte sind daher eine wichtige Lobby der

Beschäftigten. Sie sorgen dafür, dass die Interessen des Einzelnen zu einer starken sozialen Kraft gebündelt werden. Betriebsrat zu sein bedeutet, das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen erhalten zu haben, aber auch Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft des Unternehmens zu tragen. Dies erfordert Kompetenz, Durch-

setzungskraft, Ausdauer und Mut. Die Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb machen einen hervorragenden Job in den Betriebsräten und sind immer nah dran an den Themen, die die Beschäftigten bewegen. Sie sind kompetent, erfahren, engagiert, weisungsfrei und parteipolitisch unabhängig. Deshalb: Wählen Sie die

Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften des dbb sachsen-anhalt! ■



dbb sachsen-anhalt

Frühjahrssitzung des Hauptvorstandes

Personalien, Sicherheit, Einkommen: Auf der Hauptvorstandssitzung des dbb sachsen-anhalt am 16. März 2018 in Schönebeck wurde eine breite Themenpalette besprochen.

So konnte dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck gleich drei neue Mitglieder im Hauptvorstand begrüßen: Olaf Wietschorke, Vorsitzender des Bezirksverbandes Hannover der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ); Andreas Kögler, stellvertretender Bundesvorsitzender der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und freigestelltes Betriebsratsmitglied im Paketzentrum der Briefniederlassung Magdeburg; Stephan Perlbach, erster stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Neben dem Bericht des Landesvorsitzenden zur aktuellen Situation des öffentlichen Dienstes stand besonders das Thema „Gewalt im öffentlichen Dienst“ im Fokus der Diskussion. Bei den Sitzungsteilnehmern herrscht Konsens darüber, dass die Hemm-

schwelle für Übergriffe immer mehr sinke. Es sei schockierend, was Beschäftigte im öffentlichen Dienst über sich ergehen lassen müssen, nur weil sie ihren Job machen. Betroffenen von Gewalt seien nicht nur Polizisten, sondern beispielsweise auch Gerichtsvollzieher sowie Mitarbeiter der Bahn, der Bürgerämter und der Jobcenter. „Die Zahl der Attacken gegen öffentliche Bedienstete spricht eine eindeutige Sprache“, sagte Ladebeck. Die Dunkelziffer liege sicherlich noch einmal deutlich höher.

Ebenfalls ein Sicherheitsrisiko: sogenannte Reichsbürger, die seit einigen Jahren vor allem in ostdeutschen Bundesländern auftreten. Auch in Sachsen-Anhalt würden Bedienstete in Landes- und Kommunalverwaltungen von ihnen zunehmend traktiert, viele Beispiele seien aus dem Bereich des Innenmi-

nisteriums bekannt. Ladebeck verwies in diesem Zusammenhang auf eine vom Ministerium für Inneres und Sport herausgegebene Broschüre zum Umgang mit der „Reichsbürgerszene“, die den Beschäftigten helfen könne.

■ Einkommensrunde 2018

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die diesjährige Einkommensrunde Bund und Kommunen. Der dbb Landesvorsitzende machte deutlich, dass nur durch öffentliche Aktionen den Arbeitgebern gezeigt werden könne, wie viel Frust und Demotivation sich bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgestaut habe.

„Alle Forderungen haben ihre Berechtigung“, sagte Ladebeck.

Torsten Salomon, stellvertretender Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt und der dbb Landestarifkommission, informierte die Teilnehmer über den derzeitigen Stand der Tarifverhandlungen: Die zweite Verhandlungsrunde, in der es weder eine Einigung noch ein Angebot gab, bezeichnete Salomon als „Tarifverschleppung und nicht als Tarifverhandlung“. Deshalb werde der dbb sachsen-anhalt alle Bediensteten von Bund und Kommunen vor der entscheidenden dritten Runde zu weiteren Aktionen aufrufen.



► Andreas Kögler (DPVKOM), Olaf Wietschorke (BDZ), Stephan Perlbach (DPoIG) und Wolfgang Ladebeck (dbb Landesvorsitzender) (von links)

© dbb sachsen-anhalt

Fachtagung der dbb frauen

Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst

Zum Thema „Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst“ fand am 12. März 2018 in Bitterfeld eine gemeinsame Fachtagung der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt und der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) statt.

Frauen sind in Führungspositionen im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt immer noch unterrepräsentiert, obwohl die Hälfte der Beschäftigten weib-

lich ist. Zwar sind mit einem Anteil von 36,5 Prozent mehr Frauen in Leitungspositionen als im Bundesdurchschnitt (26,6 Prozent), doch die Zahlen

verharren seit Jahren auf dem gleichen Niveau. Zudem existiert immer noch eine geschlechterbedingte Lohnlücke von sechs bis acht Prozent. Die

dbb bundesfrauenvertretung will das mit der Initiative „Diskriminierungsfreies Fortkommen“ ändern.

■ Knackpunkt Beurteilung

Knackpunkt ist die dienstliche Beurteilung, da sie ausschlaggebend für das berufliche Fortkommen der Beschäftigten ist.

Analysen zeigen, dass die aktuelle Beurteilungspraxis indirekt diskriminierend ist, da etwa typische männliche Kriterien wie Belastbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit oft Vorrang vor aufgaben- und ergebnisbezogenen Kriterien haben. Auch werden Frauen bei der Leistungsbeurteilung benachteiligt, weil sie ihre Arbeitszeit häufiger reduzieren und sich familienbedingte Auszeiten und Teilzeit negativ auswirken.

Diese stereotype Auswahl von Leistungsmerkmalen wirke sich geschlechtsspezifisch diskriminierend aus, erklärte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Bei der Leistungsbeurteilung müssten deshalb Kriterien anders bewertet werden. Beispielsweise dürfe Flexibilität nicht als Bereitschaft zu ungeplanter zeitlicher Beanspruchung verstanden werden und Arbeitseinsatz nicht als ständige Verfügbarkeit und dauerhafte Präsenz am Arbeitsplatz. Die Leistungen von Beschäftigten etwa mit familiären Ver-



Teilnehmerinnen der Fachtagung „Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst“

pfl Pflichten würden sonst von Beginn an abgewertet. Kritisch sei auch die mangelnde Transparenz bei den Beurteilungsverfahren. Hilfreich wäre hier eine Regelung, vielleicht sogar in Gesetzesform, die Beurteilungsstatistiken für die Verwaltung vorschreibt.

■ **Fachvorträge: Telearbeit überfällig?**

Kathrin Salzmann, Vorsitzende der dbb landesfrauenvertre-

tung, kritisiert zudem, dass kaum jemand über Männer im öffentlichen Dienst, die keine Führungspositionen anstreben, spreche. Frauen werde aber immer wieder unterstellt, dass sie Führungsverantwortung scheuten.

Laut der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten des Ministeriums der Finanzen, Sabrina Hammer-Wille, lag der Frauenanteil in gehobenen Führungspositionen im

Geschäftsbereich des Finanzministeriums zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 32,8 Prozent, eine Steigerung zum Vorjahr um 2,7 Prozent. Mit einem geschlechtersensiblen Monitoring zum Anteil von Frauen in gehobenen Führungspositionen soll der Prozess der Stellenbesetzungen aus Geschlechtersicht transparenter gestaltet und eine einheitliche Datengrundlage für die in der Koalitionsvereinbarung vereinbarten Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen der Landesverwaltung auf 50 Prozent erreicht werden.

Im Mittelpunkt der sich an die Fachvorträge anschließenden Diskussion stand auch die Einführung von Telearbeit als Mittel für flexible und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Die aus allen Teilen des Landes angereisten Teilnehmerinnen machten deutlich, dass spätestens seit den Strukturreformen die Einführung von Telearbeit überfällig sei. ■

„Streichkonzert beendet“

Landesforst: Ende der Leiharbeit

Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert (Grüne) hat Anfang des Jahres angekündigt, die Leiharbeit im Landesforst zu beenden. Matthias Formella, stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) Sachsen-Anhalt, würdigte das als wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

„Wir haben die Personalsituation im Forst stabilisiert. Das Streichkonzert der Vorgängerregierung ist beendet“, hatte Ministerin Dalbert ihren Schritt begründet. Für Matthias Formella eine logische Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen: „Durch die Leiharbeit sind dem Land nicht nur höhere Personalausgaben

entstanden, sondern auch die soziale Komponente, der Umgang mit dem Menschen, ist auf der Strecke geblieben. Dies war dem öffentlichen Dienst nicht gerade dienlich.“

Der angekündigte Richtungswechsel sei dringend notwendig, so Formella weiter. Sachsen-Anhalt habe seit 2006

einen radikalen Personalabbau betrieben und mehr als 40 Prozent der Stellen gestrichen, gerade im Landeszentrum Wald. Im Landesforstbetrieb habe es ähnlich ausgesehen. Ein schlüssiges Personalentwicklungskonzept war nicht erkennbar. „Es verstärkte sich der Eindruck, dass es dem Land insgesamt grundsätzlich nur um Personaleinsparungen ging. Die Motivation und Stimmung bei den Beschäftigten ist so schlecht wie nie, sie fühlen sich als Spielball von Kürzungsmaßnahmen. Die Wirtschaftlichkeit der Forst sollte auf Kosten der Mitarbeiter erreicht werden“, kritisierte Formella. In der Folge mussten weniger Beschäf-

tigte eine größere Waldfläche bewirtschaften, deren Belastungsgrenze sei damit erreicht und zum Teil sogar weit überschritten worden.

■ **Dalbert will „gute und sichere Arbeitsplätze“**

Um die Aufgabenwahrnehmung abzusichern, sind seit 2011 Leiharbeiter im Landesforst beschäftigt. Dalbert sagte dazu nun: „Die viele Leiharbeit im Landesforstbetrieb und im Landeszentrum Wald wird ein Ende haben. Wir werden Schritt für Schritt gute und sichere Arbeitsplätze aus den Leiharbeitsstellen machen und von Arbeitnehmerüberlassung

nur noch im Ausnahmefall Gebrauch machen. Als Land haben wir eine Verantwortung für die Menschen, unsichere Leiharbeit wollen wir nicht weiter nutzen.“ Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter sollen deshalb künftig als Landesangestellte mit Dauerverträgen eingestellt werden.

Bereits mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 seien im Forstbereich die Vollzeitäquivalente in 2017 von 609 auf 629 und in 2018 von 595 auf 614 angehoben worden. Zusätzlich seien 24 Stellen im Landesforstbetrieb und im Landeszentrum

Wald eingerichtet worden. Acht Stellen seien bereits besetzt, für weitere sieben laufen derzeit die Verfahren. Die weiteren neun Stellen würden noch besetzt. Daneben werde es in weiteren Dienststellen ebenfalls Verstärkung für den Forstbereich geben.

In der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt in Göttingen (einer länderübergreifenden Einrichtung), in der spezialisierte fachliche Kompetenz hinsichtlich des Klimawandels vorgehalten werden muss, solle zudem ein wissenschaftlicher Mitarbeiter einge-

stellt werden. Ebenso in der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG).

■ BDF: Es bleiben trotzdem Fragen offen

Laut BDF bleiben trotz der Personaleinstellungen viele Fragen zur Zukunft der Forstverwaltung offen. Zu nennen seien hier etwa die Betreuung der Waldbesitzer durch das Landeszentrum Wald sowie die kompetente sowie personelle Ausstattung der Forstverwaltung im Hinblick auf Digitalisierung und Klimawandel. Formella mahnte: „Gerade durch den Kli-

mawandel sind unkalkulierbare Ereignisse zu befürchten beziehungsweise bereits eingetreten. Gebraucht wird flächendeckend eine effektive, multifunktionale und moderne Forstverwaltung. Eine Aktualisierung und Überarbeitung der Ergebnisse der Standorterkundungen sind dringend nötig.“ Die Bedeutung des Waldes aus Sicht des Naturschutzes, der Ökologie sowie der Schutz- und Erholungsfunktionen müsse wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden. „Dies erfordert eine personell und auch finanziell gut ausgestattete Forstverwaltung“, so Formella. ■

DPVKOM

Arbeit: So werden Flüchtlinge integriert

Von ihren Erfahrungen bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt berichteten Vertreter der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration von Sachsen-Anhalt, Petra Grimm-Benne, bei deren Besuch im Briefzentrum der Deutschen Post in Osterweddingen (Landkreis Börde).



© Michael Gebhardt

➤ Die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration von Sachsen-Anhalt, Petra Grimm-Benne (Zweite von links), bei ihrem Besuch in der Briefniederlassung Magdeburg mit Andreas Köhler (Erster von links) und Niederlassungsleiter Brief Magdeburg, Ingo Kutsch (Dritter von links).

In dem Brief- und Paketzentrum werden gegenwärtig 67 überwiegend junge Flüchtlinge beschäftigt, die Arbeitsverträge bis Mitte oder Ende 2018 haben und tariflich entlohnt werden. Erste Ansprechpartner für sie sind zwei DPVKOM-Vertreter, der stellvertretende Bundesvorsitzende und freigestellte Betriebsrat Andreas Köhler sowie Betriebsrat Henning Abel. Beide sind als sogenannte Flüchtlingskoordinatoren in der Niederlassung tätig. „Unsere Erfahrungen sind sehr positiv. Doch optimal läuft es noch nicht bei der Sprachkompetenz als wichtigen Schlüssel zur Integration. Oft passt der vorgeschriebene Deutschkurs nicht mit unserem Schichtsystem zusammen. Da wünschen wir uns mehr Flexibilität der Agenturen“, erklärte Köhler am 22. Februar 2018.

Ministerin Grimm-Benne würdigte die Anstrengungen vor Ort: „In Zeiten, in den Flüchtlingen hierzulande oft Hass entgegenschlägt, ist es schön zu erleben, wie alle Beteiligten aufeinander zugehen und nicht gegeneinander arbeiten.“ ■

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Kabinettsbeschluss zur Verwaltungsreform geändert

Auf Initiative des Landesverbandes Thüringen der BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft wurde der Kabinettsbeschluss zur Verwaltungsreform für den Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) geändert. Zum 1. Januar 2019 wird nun ein Modell mit drei statt bisher zwei Sonderbehörden entwickelt.

Dieser Beschluss wurde mit fachlichen Argumenten und der Mithilfe des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen erreicht. Dabei umfasst die erste Säule die gesamte Bauverwaltung und das Thüringer Liegenschaftsmanagement (Thülma). Die zweite Säule bildet die gesamte Landwirtschaftsverwaltung ab. Hier gehen die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, die Landwirtschaftsämter und die Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau auf. Die dritte Säule ist das Landesamt für Bodenmanagement und Geoinforma-

tion, welches aus dem Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation (TLVermGeo) und den Ämtern für Landentwicklung und Flurneueordnung (ÄLF) hervorgeht.

„Leider wurden nicht alle unsere Vorschläge umgesetzt“, so der BTB-Landesvorsitzende Frank Schönbohm. „So werden die ÄLF als einzige Behörde in Thüringen im Rahmen der Verwaltungsreform geteilt.“ Der Teil, der für Flurbereinigung und Flurneueordnung zuständig ist, werde im neuen „Landesamt für Bodenmanagement

und Geoinformation“ aufgehen. Die anderen Aufgabenbereiche der ÄLF werden allesamt dem neuen „Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum“ zugeordnet. „Unsere Argumente, dass die fachlichen Überschneidungen und damit die Bündelungsfunktion zwischen dem TLVermGeo und den ÄLF am größten sind, wurde politisch negiert.

„Eine Eingliederung hätte nach unserer Meinung relativ geräuschlos erfolgen können“, so Schönborn. „Es ist daher nicht nachvollziehbar, die ÄLF aufzu-

teilen und verschiedenen Sonderbehörden zuzuordnen.“ Die Ergebnisse der Bundestagswahlen hätten deutlich gezeigt, welche wichtige Rolle der Ländliche Raum und dessen Entwicklung einnehmen. Der Bund habe dies erkannt und mit der Bildung einer Fachabteilung im Bundesministerium reagiert. „Thüringen denkt dagegen darüber nach, die ÄLF, die eine wichtige Bündelungsfunktion für die Entwicklung des Ländlichen Raumes einnehmen, aufzuteilen“, erklärte der BTB-Landeschef weiter. „Eine integrierte Ländliche Entwicklung ist nur aus einer Hand möglich. Durch diese Trennung werden strategische und politische Konzeptionen aufgegeben, die sich in den folgenden Jahren als nachteilig für die Entwicklung der ländlichen Räume erweisen werden.“ ■

Kommentar

Kein Wettbewerb um gute Köpfe durch Abschaffung des Vorbereitungsdienstes!

Was wie ein Widerspruch klingt, meint die Landesregierung durchaus ernst: Durch die Abschaffung des Vorbereitungsdienstes ab dem Jahr 2020 sollen dort, wo die wesentlichen Laufbahnvoraussetzungen außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben werden, zukünftig im Ringen um die besten Fachkräfte Vorteile gegenüber der Privatwirtschaft erzielt werden.

Bisher werden die Absolventen der wissenschaftlich-technischen Fachrichtungen als Führungskräfte ausgebildet und auf die Leitungsfunktion in Verwaltung und Wirtschaft praxisgerecht vorbereitet. Zur Sicherung einer qualifizierten, innovativen und zukunftsori-

entierten Handlungsfähigkeit der öffentlichen technischen Verwaltungen sind aus Sicht des tbb auch zukünftig Referendarausbildung und Anwärterausbildung unverzichtbar – gerade unter den veränderten Rahmenbedingungen. Die Fachkompetenzen, die im Stu-

dium in der Theorie erworben werden, müssen ergänzt werden um Kompetenzen des Fach- und Verwaltungsrechts, des Managements und der Mitarbeiterführung. Technische Fachbeamte müssen als Manager des Gemeinwohls wieder höhere Wertschätzung

durch Verwaltungsführung, Politik und Öffentlichkeit erfahren. Thüringen wird sich mit dieser Entscheidung von einer erkämpften Errungenschaft und einer zukunftsorientierten Ausbildung verabschieden.

Die technischen Laufbahnausbildungen für den gehobenen und höheren Dienst haben sich in den letzten 28 Jahren in Thüringen bewährt und das technische Referendariat hat bereits sein 70. Jubiläum gefeiert. Dies ist und war ein Garant für eine starke, fachlich gut

ausgebildete Verwaltung und somit auch Stütze des Allgemeinwohls.

Thüringen beabsichtigt mit der Abschaffung der Vorbereitungsdienste einen Sonderweg zu gehen. Der tbb befürchtet, dass eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse zwischen den Bundesländern nicht mehr gewährleistet ist. Dies widerspricht dem grundsätzlichen Anliegen der Föderalismusreform.

Auch heute noch sind in vielen Stellenausschreibungen die Aus-

bildungsstandards eines Vorbereitungsdienstes für den gehobenen Dienst oder die Großen Staatsprüfungen für den höheren Dienst als Bewerbungsvoraussetzung gefordert. Hier sind bisher noch bundesweite Vergleichbarkeiten in der Ausbildung vorhanden. Alle anderen „gleichwertigen Ausbildungen“ wie zum Beispiel Trainees sind Landes- oder Verwaltungsspezifisch und wertlos außerhalb der Ausbildungsstelle.

Bereits bei der Bewerbungszulassung muss dann jede Perso-

nalverwaltung die einzelnen Abschlüsse prüfen und Vergleichbarkeit herstellen. Willkommen in der Lebenswirklichkeit. So sieht Verwaltungseinsparung und Effizienzsteigerung wahrlich nicht aus.

Die Argumentation, dass die Ausbildung wegen zu geringer Bezahlung eingestellt werden muss, verschweigt, dass es genau diejenigen in der Hand haben es zu ändern, ohne die Ausbildung abzuschaffen. Die Erhöhung der Anwärterbezüge und Referendarbezüge

müssen nur per Gesetzentwurf/Rechtsverordnung ins Parlament eingebracht werden. Das hat die betreibende Stelle noch nicht einmal versucht!

Der tbb wendet sich entschieden gegen die Streichung der Ausbildung in allen technischen Bereichen und fordert den Erhalt der bisherigen Ausbildungsstandards.

*Andreas Schiene,
stellvertretender
Landesvorsitzender tbb*

Vorgestellt

Die tbb Seniorenvertretung

Die Altersstruktur in Deutschland ist gewaltig in Schiefele geraten: Zu viele Alte und viel zu wenig Junge.

In besonderem Maße ist Thüringen davon betroffen. Immer mehr Bundesbürger, die sich im Ruhestand befinden, entdecken Thüringen als idealen Altersruhesitz. Dabei ist nicht Goethe, Schiller oder Luther ausschlaggebend, sondern eher die herrliche Landschaft. Kein anderes Bundesland hat auf so kleiner Fläche so viel Abwechslung und Kultur zu bieten wie Thüringen.

Diese Entwicklung geht auch am öffentlichen Dienst nicht

spurlos vorbei. Neben den immer größer werdenden Herausforderungen im Zusammenhang mit dem wachsenden Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung, hat der öffentliche Dienst selber mit der Überalterung zu kämpfen.

Bis heute hat sich noch kein Dienstherr in Thüringen darüber Gedanken gemacht, wie er die aus Altersgründen aus dem Dienst ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



auf diese einschneidende Veränderung vorbereitet, begleitet und ihnen zum Beispiel durch einen gleitenden Übergang den Ruhestandseintritt erleichtert.

Die tbb Seniorenvertretung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einerseits die Interessen der Seniorinnen und Senioren gegenüber Politik, Parteien und Medien sowie in den Gremien des tbb beziehungsweise dbb zu vertreten. Andererseits will sie aber auch Angebote unterbreiten, sich in die Seniorenarbeit einzubringen, Freizeit zu gestalten, seniorenspezifische

Seminare anzubieten, sich an Diskussionen zu beteiligen und Perspektiven für das Leben im Ruhestand aufzuzeigen.

Die Seniorinnen und Senioren, die in ihren wohlverdienten Ruhestand gewechselt sind, stellen ein großes Erfahrungspotenzial dar, was genutzt werden sollte. In gemeinsamen Veranstaltungen mit der tbb Jugend besteht die Möglichkeit, diese Erfahrungen weiterzugeben. Umgekehrt können die Seniorinnen und Senioren von der Jugend, ihren Ideen, Visionen und ihrem Mut zum Risiko und auch ihrem aktuellen

Wissen insbesondere im Bereich der neuen Technologien partizipieren.

Der Spruch „Nach dem Jugendwahn kommt die Altersdiktatur“ ist nicht klug. Zwischen den Generationen muss es einen Austausch geben, man kann sich gegenseitig helfen und ergänzen. Es ist wie im Fußball: Eine gut gemischte Mannschaft aus Erfahrung und jugendlichem Ehrgeiz und entsprechender Risikobereitschaft ist meistens auf der Gewinnerseite.

Die tbb Seniorenvertretung stellt sich dieser Aufgabe. Un-

ser Ziel ist es, Ansprechpartner für die Seniorinnen und Senioren im tbb, aber auch für die noch Aktiven im öffentlichen Dienst zu sein. Die Dienstherren sind besonders in unserem Fokus. Ihnen zu vermitteln, wie man im Rahmen der Fürsorgepflicht mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen sollte, die in die letzte Phase ihres Lebens wechseln, ist eines unserer großen Ziele.

*Burkhard Zamboni,
Vorsitzender
tbb Seniorenvertretung*

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Ines Feierabend: Rudolf macht Antrittsbesuch

Ines Feierabend, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF), hat die neue Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV), Monika Rudolf, zum Antrittsbesuch empfangen.

Begleitet wurde Rudolf von ihrem Stellvertreter Roland Richter und tbb Chef Helmut Liebermann. Vom Ministerium nahm außerdem mit Benno Schulz der Leiter der Zentralabteilung teil.

Hauptthema des Treffens war die von der Landesregierung geplante Verwaltungsreform, vor allem die mit Kabinettsbeschluss vom September 2017 geplante Einrichtung eines neuen Referates im TMASGFF. Es soll die Aufgaben nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) wahrnehmen. Feierabend betonte, dass hier zunächst weitere Aufgabenkritik notwendig sei, es gebe noch keinen Zeitplan für die Umsetzung. Feststehe aber bereits, dass bisher im Thüringer Landesverwaltungsamt erledigte Aufgaben

hinzukommen. Eine Neueinstellung von Mitarbeitern werde es allerdings nicht geben. Der dbb Landesvorsitzende Liebermann betonte, dass die Verwaltungsreform zu Veränderungen für die Beschäftigten führen werde. Deshalb müssten mit den

betroffenen Mitarbeitern rechtzeitig Gespräche gesucht und deren sozialen Belange ausreichend berücksichtigt werden. Roland Richter verwies auf die negativen Folgen der Kommunalisierung des Schwerbehindertenfeststellungsverfahrens

im Jahre 2008, welche trotz erheblicher Kritik der GdV und entgegen der fachlichen Argumente durchgesetzt wurde. So seien Mehrkosten in Höhe von 30 Millionen Euro im Sozialbereich entstanden.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass zu allen anstehenden Veränderungen die betreffenden Personalräte und Gewerkschaften rechtzeitig einzubeziehen und zeitnah zu informieren sind. ■



> Von links: Roland Richter, Helmut Liebermann, Monika Rudolf, Staatssekretärin Ines Feierabend, Benno Schulz

© GdV



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

Personalratswahlen in Thüringen

Wählen Sie unsere Fachgewerkschaften!

